

ANTRAG

Antragsteller*in: *Robin Exenberger, Markus Trainer, Susanna Riedlsperger*

Tagesordnungspunkt: *16. Allgemeine Anträge*

A1: Gemeindeland in Gemeindehand

Antragstext

1 Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

2 Ist es gerecht, jemandem sein Eigentum wegzunehmen, ohne fairen Ersatz dafür zu
3 leisten? Offensichtlich ist es das nicht! Dennoch ist es exakt so den Tiroler
4 Gemeindebürgern ergangen. Unter dem Einfluss des Bauernbundes wurde ein
5 Großteil des Liegenschaftsvermögen von 170 Tiroler Gemeinden an
6 Agrargemeinschaften übertragen, ohne die Gemeinden dafür zu entschädigen.
7 Trotz zwei klarer Urteile durch den Verfassungsgerichtshof wurde dieses
8 Vermögen bis heute nicht zurück übertragen oder ersetzt. Die Schuld für
9 diesen Stillstand liegt vor allem an dem ignoranten Verhalten von Teilen der
10 Tiroler Landesregierung, des Bauernbundes und der Klientelpolitik der Tiroler
11 ÖVP. Es ist unbedingt notwendig, diese Ungerechtigkeit rückgängig zu machen
12 und somit eine Lösung für dieses seit Jahrzehnten andauernde Unrecht zu
13 finden.

14 Wem gehört Tirol? (Historie)

15 Ab Beginn des 20. Jahrhunderts wurde unter der Leitung von Richtern des
16 Oberlandesgerichts Innsbrucks, der Grundbuchsankommission die
17 Eigentumsverhältnisse an sämtlichen Liegenschaften der ehemaligen Monarchie in
18 rechtsstaatlich geführten Verfahren erhoben und die Erhebungsergebnisse im
19 Grundbuch festgehalten.

20 Auf den Flächen der Gemeinden, dem Gemeindegut, durften die ortsansässigen

21 Bauern ihr Vieh, das in ihren Höfen überwintert, auftreiben. Außerdem hatten
22 alteingesessene Familien das Recht, das Gemeindegut für ihre Bedürfnisse zu
23 nutzen, diese hatten sogenanntes Nutzungsrecht, jedoch nie das Eigentum am
24 Gemeindegut.

25 Durch das stetige Wachstum der Gemeindebevölkerung sorgten sich die
26 Nutzungsberechtigten immer mehr um ihre Privilegien.

27 Einige Agrarier behaupteten, dass das historische Grundbuch falsch angelegt sei,
28 da das Wort Gemeinde früher anders interpretiert wurde als heute. Und zwar
29 waren laut ihnen die alteingesessenen Bauern damit gemeint und nicht die heutige
30 politische Gemeinde, wie wir sie kennen. Diese Behauptung wurde jedoch mehrfach
31 von Höchstgerichten widerlegt und entspricht somit nicht der Wahrheit.

32 Die Nationalsozialisten in Österreich waren bemüht, die Bauern auch in
33 Österreich auf Ihre Seite zu bringen, um ihrer Doktrin eine stabile Basis
34 aufzubauen. Deshalb ergriffen die Nazis in Osttirol, das dem Gau Kärnten
35 angegliedert wurde, Partei für die bis dahin Nutzungsberechtigten. Aus diesem
36 Grund wurde das gesamte Fraktions- und Gemeindegut des Bezirks ins Eigentum der
37 Nutzungsberechtigten übertragen. Um dies zu realisieren wurden die
38 Nutzungsberechtigten jeder Gemeinde jeweils zu sogenannten Agrargemeinschaften
39 zusammengeschlossen und diesen das Gemeindegut als Eigentum übertragen.

40 Nach dem zweiten Weltkrieg setzte die Tiroler Landesregierungen das unter den
41 Nazis begonnene Prozedere ebenso in Nordtirol fort.

42 Sowohl das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshof^[1] 1954, das eindeutig
43 beschreibt, dass die Flächen seit jeher im Eigentum der politischen Gemeinde
44 standen und nicht in dem der Agrarier, als auch der Verfassungsgerichtshof^[2]
45 (Erkenntnis 1982) beschreiben die Vorgänge, der für dieses Unrecht
46 Verantwortlichen als klar verfassungswidrig. Diese höchstgerichtlichen
47 Entscheidungen wurden von der ab dem zweiten Weltkrieg in Tirol dominierenden
48 Volkspartei völlig ignoriert.

49 Schlussendlich wurde den Gemeinden und somit allen Bürgern eine Fläche von
50 rund 2.300 km² rechtswidrig enteignet. Außerdem wurden ca. weitere 1.300 km²
51 unter agrargemeinschaftliche Verwaltung gestellt. Das bedeutet im Endeffekt,
52 dass die Gemeinden keinerlei Eigentumsrechte mehr besitzen und den
53 Agrargemeinschaften und deren Machenschaften eiskalt ausgeliefert sind.

54 Zusammengelegt ist dies eine Fläche, die größer als die Landesfläche des
55 Bundeslands Vorarlberg ist.

56 Ein maßgebliches Ereignis der Causa war das Erkenntnis Mieders 2008 des
57 Verfassungsgerichtshofs. Dieses bezeichnet die dortige Übertragung des
58 Gemeindeguts in das Eigentum der Agrargemeinschaft als "offenkundig
59 Verfassungswidrig", jedoch hat die Gemeinde dadurch das Recht auf den
60 Vermögenswert (Substanzwert) der Liegenschaften nicht verloren. Die Rechte, die
61 die Gemeinde früher als Alleineigentümer hatte, stehen ihr jetzt als
62 Anteilsrechte an der Agrargemeinschaft zu.

63 Auf dieses Erkenntnis des VfGH musste die Landesregierung reagieren, denn eine
64 weitere Entscheidung des VfGH vom 5.12.2009 stellte ausdrücklich klar, dass das
65 Erkenntnis zum Gemeindegut der Gemeinde Mieders nicht als Einzelfallentscheidung
66 erging, sondern auf alle Fälle des Gemeindegutes Anwendung zu finden hat. Also
67 wurde im Tiroler Landtag am 17.12.2009 ein Gesetz beschlossen, nach dem der
68 sogenannte Substanzwert des Gemeindegutes, also alles außer der
69 althergebrachten land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsrecht, der Gemeinde
70 zusteht. Dieses Gesetz hat jedoch eine gravierende Lücke. Eigentümer des
71 Gemeindeguts bleiben nach wie vor die Agrargemeinschaften und ausschließlich
72 die (meist bäuerlichen) Vertreter dieser sind auf den Konten
73 zeichnungsberechtigt. Das hat zur Folge, dass nach der Einführung des neuen
74 Gesetzes kaum Gemeinden das ihnen zustehende Geld erhielten. In den Jahren von
75 2008 bis 2013 haben die Agrargemeinschaften schätzungsweise 150 Millionen Euro
76 eingenommen. Laut einer damaligen Aussendung der ÖVP! Erhielten die zu
77 entschädigenden Gemeinden bis zu diesem Zeitpunkt lediglich 4 Millionen Euro.
78 Der Rest liegt zum Teil weiterhin auf den Konten der Agrargemeinschaften oder
79 wurde zum Vorteil der Nutzungsberechtigten genutzt, also defacto vernichtet.

80 Somit widerspricht der Zustand nach dem Gesetzesbeschluss weiterhin der
81 Verfassung.

82 Deshalb wollte im Februar 2013 eine Mehrheit der Abgeordneten des Tiroler
83 Landtags (alle außer die der ÖVP) beschließen, dass das Gemeindegut wieder
84 ins Eigentum der Gemeinden zurück übertragen wird. Obwohl es sich bei dem
85 Gemeindeguts-Rückübertragungsgesetz um ein einfaches Landesgesetz, das eine
86 einfache Mehrheit im Landtag benötigt, handelt, kam es nicht zum
87 Gesetzesbeschluss. Warum? Der damalige Landtagspräsident, dessen
88 Familienangehörige vom Gemeindeguts-Rückübertragungsgesetz betroffen wären,
89 hat sich ganz einfach geweigert, den Gesetzesantrag auf die Tagesordnung zu
90 setzen.

91 Trotzdem ist der Krimi hier immer noch nicht zu Ende.

92
93 Mit Feststellungsverfahren wollen die Agrarier Hand in Hand mit den
94 Verantwortlichen auf Landesebene retten, was noch zu retten ist. Bei einem

95 Feststellungsverfahren hat die Agrarbehörde festzustellen, welche
96 Liegenschaften agrargemeinschaftliche Liegenschaften sind und wem sie gehören,
97 insbesondere, ob das Eigentum daran mehreren Parteien als Miteigentümern oder
98 einer körperschaftlich eingerichteten Agrargemeinschaft zusteht.

99 Wichtig anzumerken ist, dass einem Feststellungsverfahren keine
100 rechtserzeugende, sondern lediglich eine deklarative Wirkung zukommt.

101 **Schadensausmaß**

102 Durch all diese Vorgänge wurde erreicht, dass der Nutzen aus dem Gemeindegut so
103 vieler Gemeinden nicht mehr allen Einwohnern dieser Gemeinden zugutekommt,
104 sondern nur mehr einigen wenigen privilegierten Personen. Leidtragende sind hier
105 nicht nur die leer ausgegangenen Gemeindebürger "zweiter Klasse", sondern
106 vor allem auch die Gemeinden selbst.

107 Den Gemeinden wurde durch die verfassungswidrige Enteignung die Möglichkeit
108 genommen mit ihren Flächen selbst wirtschaftlich zu haushalten. So könnte zum
109 Beispiel ohne diese historischen Ereignisse, eine Teilfinanzierung eines
110 Schulbaus aus dem Schlagen größerer Mengen Holz von den Gemeinden in Betracht
111 gezogen werden, wie es beispielhaft in der Gemeinde Zams zuvor gemacht wurde.

112 Durch die oftmals so großen Gemeindeflächen, die zu Unrecht im Eigentum der
113 Agrargemeinschaften stehen, kommt es auch zu Situationen, in welchen die
114 Gemeinden für die Nutzung eigentlich ihnen zustehender Flächen Miete zahlen,
115 oder gar die Flächen "zurückkaufen" müssen. Das ist vor Allem dort der
116 Fall, wo nicht nur landwirtschaftliche Flächen übertragen wurden, sondern auch
117 zentral im Ort gelegene Flächen. So zahlt zum Beispiel die Gemeinde Neustift
118 für einen Parkplatz im Ortszentrum an die dortige Agrargemeinschaft Miete. In
119 einer Osttiroler Gemeinde steht anscheinend gar die Hälfte des Dorfplatzes im
120 Eigentum der dortigen Agrargemeinschaft. Überall dort, wo das Zentrum von der
121 Übereignung betroffen ist, muss für jede Kleinigkeit, wie etwa den Bau eines
122 Gehsteigs, mit der Agrargemeinschaft verhandelt werden, da diese ja
123 Eigentümerin ist. Unterbleibt diese zähe und zeitaufwendige Verhandlung, gibt
124 es nur die Alternative eines noch zeitaufwendigeren Enteignungsverfahrens oder
125 überhöhter Entschädigungszahlungen.

126 Noch tragischer wirkt das Ganze, wenn doch offensichtlich ist, dass die
127 Rückübertragung des Gemeindegutes an die Gemeinden nicht nur rechtlich
128 möglich, sondern ganz klar verfassungsrechtlich geboten wäre. Den Gemeinden
129 muss wieder die Möglichkeit gegeben werden, auf den Wert und Gesamtnutzen ihres
130 Gemeindegutes zugreifen zu können. Jeder einzelnen Gemeinde stehen die Rechte

131 an dem Gemeindegut in dem Ausmaß zu, wie sie heute noch von den
132 Agrargemeinschaftsmitgliedern ausgeübt werden. Das hätte den großen
133 Unterschied zur Folge, dass die Nutzung nicht mehr nur den
134 Agrargemeinschaftsmitgliedern selbst zugutekommen würde, sondern die Gemeinde
135 mit den daraus resultierenden Mitteln zu Gunsten aller Einwohner wirtschaften
136 könnte.

137 Viele der Probleme, die es derzeit aufgrund finanzieller Engpässe, in Gemeinden
138 gibt, müssten eigentlich nicht sein. Wäre diese verfassungswidrige Enteignung
139 nie geschehen, hätten Gemeinden Kinderbetreuungsplätze mit eigenem Geld
140 vermehrt ausbauen können, und auch sonstige Mängel, die aufgrund der
141 finanziellen Situation existieren, hätten nie sein müssen.

142
143

Forderung

144 Dieser Tiroler Krimi kann aber ein Ende nehmen. Es braucht die sofortige
145 Rückübertragung des verfassungswidrig enteigneten Eigentums an die Gemeinden,
146 denen es zusteht. Dies könnte bereits durch ein einfaches Landesgesetz
147 umgesetzt werden.

148 **Wir JUNOS - Junge liberale NEOS Tirol fordern daher ein Gesetz über die**
149 **Rückführung des unrechtmäßig an die Agrargemeinschaften übertragenen**
150 **Gemeindeguts zu erlassen.**

151 Explizit in diesem Gesetz enthalten sein muss:

- 152 1. Die Rückübertragung des Gemeindeguts der in der Landtags-Anfrage Nr.
153 352/19 genannten „Gemeindegutsagrargemeinschaften“.
- 154 2. Die Rückübertragung des Gemeindeguts, welches entgegen dem eine Gemeinde
155 zum Zeitpunkt der Regulierung als Eigentümer ausweisenden Grundbuchsstand
156 und damit rechtswidrig von der Agrarbehörde in
157 „Feststellungsbescheiden“ als „Nicht Gemeindegut“ qualifiziert
158 worden ist.
- 159 3. Die Rückübertragung des Gemeindeguts jener Agrargemeinschaften, welches
160 diesen im Wege unrechtmäßiger sogenannter „Hauptteilungen“
161 übertragen wurde.
- 162 4. Die Rückübertragung des Gemeindeguts von

163 Gemeindegutsagrargemeinschaften, bei denen sich die
164 Gemeindegutseigenschaft aus dem historischen Grundbuch ergibt, jedoch laut
165 aktuellem Wissensstand kein agrarbehördliches
166 „Feststellungsverfahren“ stattgefunden hat.

167 5. Die auf typischem Gemeindegut lastenden Regulierungen anzupassen, damit
168 den Gemeinden der Zugriff auf den ihnen zustehenden Substanzwert endlich
169 ermöglicht und sichergestellt wird.

170 **Quellen**

171 1 Erkenntnis VwGh: [https://www.gemeindeverband-](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vwgh1954_vwslg_3560_konstruktion.pdf)
172 [tirol.at/uploads/vwgh1954_vwslg_3560_konstruktion.pdf](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vwgh1954_vwslg_3560_konstruktion.pdf)

173 2 Erkenntnis VfGh: [https://www.gemeindeverband-](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982_vfslg_9336-1982.pdf)
174 [tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982_vfslg_9336-](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982_vfslg_9336-1982.pdf)
175 [1982.pdf](https://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/vfgh_erkenntnis_1982_gesetz_prufung_1.3.1982_vfslg_9336-1982.pdf)